

Titel: Keine Zusammenarbeit der AfD - Anschluss zum Bündnis 'Aufstehen gegen Rassismus'

Einbringer*in: Martin Bönewitz, Felix Ramberg

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig hat beschlossen und an den Parteitag der SPD Leipzig und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weitergeleitet:

Die Jusos Leipzig mögen beschließen, sich dem Bündnis 'Aufstehen gegen Rassismus' anzuschließen, den Aufruf zu unterzeichnen sowie ein Teil der Kampagne zu werden. Im Gleichen Zug wird beschlossen, jegliche Zusammenarbeit mit der AfD, deren Jugendorganisation sowie von AfD nahen Stiftungen und Vereinigungen auszuschließen.

Begründung:

Als die AfD in Sachsen als Partei auftauchte, waren viele Akteur*innen am Beginn nicht sicher, wie mit dieser Partei umgegangen sollte. Seitdem zeigte die AfD jedoch mehr und mehr ihr wahres, rechtsreaktionär bis national-völkisches Gesicht. Auch sind die politischen Ziele der AfD unvereinbar mit der Beschlusslage der Jusos.

So sind in den Vorstellungen beispielsweise zum Hochschulsystem ein eindeutiger Wettbewerbs- und Elitgedanke auffindbar. Die AfD hält es für „erforderlich, dass einige deutsche Universitäten auf internationale Spitzenpositionen vorrücken“. Nach den Vorstellungen der AfD soll es „eine geringe Zahl Spitzeninstitutionen“ geben. Für die AfD ist daher das konsequente Ziel, dass möglichst viele Fächer Exzellenz anstreben sollten. Die Hochschulen selbst sollen exklusiver werden. Die AfD setzt sich für ein „angemessenes Niveau“ und gegen die „Massenuniversität“ ein. Eine Einschränkung der Öffnung der Hochschulen zeigt sich auch beim Hochschulzugang, der von den Hochschulen selbst geregelt werden soll. So sollen beispielsweise „Meister ohne Abitur oder Techniker und Absolventen von Fachschulbildungsgängen [...] nur studieren dürfen, wenn die Aufnahmeprüfungen mindestens Abiturniveau haben.“ Das Ideal des lebenslangen Lernens werden somit Hürden entgegengestellt. Die AfD lehnt Frauen*-Quoten auch an den Hochschulen ab: „Bei der Stellenvergabe an Universitäten muss die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben.“ Von Quoten halte die AfD „gar nichts“. Hochschulen sollen von Bürokratie und Regulierungen „befreit“ werden. Die „Entlastung der Hochschulen von staatlicher Bürokratie“ wird als „Einstieg in eine bessere Hochschulpolitik“ gesehen. Die Hochschulen sollten weitgehend autonom handeln können, während die politische Steuerung möglichst minimal sein soll. Bezweckt wird eine „Entstaatlichung“ von Hochschulen. „Deshalb sollte das Modell einer Überführung von Universitäten in Stiftungen bürgerlichen Rechts erwogen werden.“ Dass die AfD im 20. Jahrhundert gefangen ist, zeigt auch ihr Umgang mit der Bologna-Reform. Auf Bundesebene favorisiert die AfD die Möglichkeit zur Rückkehr zu „bewährten“ Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen. Ziel in Sachsen ist es, „die bewährten Magister- und Diplomstudiengänge wieder einzuführen“. In Bremen ist das Ziel eine „Rückabwicklung des Bologna-Modells“, u.a. konkretisiert „in der Möglichkeit zur Rückkehr zu bewährten Studienabschlüssen wie Magister, Staatsexamen und Diplom“. Die AfD Bremen fordert die Kopplung des BAföGs an die Regelstudienzeit. Damit blendet sie die studentische Lebensrealität vollkommen aus. Die AfD lehnt Studiengebühren nicht ab. Sie hätten – neben der

finanziellen Besserstellung der Hochschulen – „das Potenzial [...], Hochschule und Studenten in ein anderes, von größerem Respekt und Zugehörigkeitsempfinden geprägtes Verhältnis zu setzen und den Qualitätswettbewerb bezüglich der Lehre zwischen den Hochschulen zu intensivieren. Nach der AfD dürfen „maßvolle zentral erhobene Semestergebühren als direkte Investition in die Lehre des jeweiligen Fachbereiches [...] kein Tabu sein.“ Die AfD setzt sich gegen die Demokratisierung der Hochschulen ein. Sie befürwortet das „klassische Modell der Ordinarienuniversität“. So soll „die Gemeinschaft der Professoren [...] die Geschicke der Universität leiten.“ Das Konzept der Viertelparität wird abgelehnt. Hier zeigt sich auch die Zusammensetzung der AfD als „Professoren-Partei“. Die AfD wendet sich auch gegen weitere studentische Interessen. Ein Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte wird abgelehnt. Das bestehende Regelwerk sei „ausreichend“. Auch ein eigener Personalrat für studentische Beschäftigte wird für „überflüssig“ erachtet. Begründung ist die weitere „Aufblähung der Universitätsbürokratie“ durch diese. Sie befürwortet außerdem eine Austrittsoption für Studierende aus der Verfassten Studierendenschaft. Die AfD wendet sich gegen ein Promotionsrecht für Fachhochschulen. Nur die Universitäten könnten „das für eine anspruchsvolle Promotionsleistung notwendige disziplinäre und interdisziplinäre Forschungs- und Lehrangebot zur Verfügung stellen“. Die AfD lehnt eine Förderung von Forschung durch die Europäische Union ab.

Grundsätzlich wird die Nähe zu Studentenverbindungen und Burschenschaften gesucht. In einer Erklärung der „Patriotischen Plattform“, einem Zusammenschluss von besonders rechten Mitgliedern der AfD, führt diese aus: „Studentenverbindungen pflegen akademische Traditionen und leisten damit einen unersetzbaren Beitrag zum Erhalt unserer deutschen Universitätskultur. [...] Damit sind Burschenschaften keine Feinde, sondern – im Gegenteil – eine Säule der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wer an der Zugehörigkeit eines Amtsträgers zu einer Studentenverbindung Anstoß nimmt, offenbart eine intolerante und ideologisch verzerrte Weltsicht, von der eine größere Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgeht als von jeder Studentenverbindung“.

Auch abseits der Hochschulpolitik strebt die AfD eine Gesellschaft an welche unvereinbar mit der pluralistischen, offenen Gesellschaftsvorstellung der Jusos. Familie wird in der AfD nur als Einheit von Mann und Frau definiert. Sie möchte die vorherrschende Kippe zwischen Arm und Reich noch weiter vergrößern indem sie eine Erbschafts- u. Vermögenssteuer ablehnt sowie den Spitzensteuersatz senken möchte. Schlussendlich möchte die AfD jedoch die Willkommenskultur in Deutschland beenden und Schutz suchende Menschen an den Grenzen abweisen. Die AfD leugnet darüber hinaus die Existenz des menschengemachten Klimawandels und meint einen positiven Effekt des Anstieg der Kohlendioxidkonzentration ausmachen zu können. Mit offenen Augen werden hier wissenschaftliche Fakten des des Weltklimarates (IPCC), des Wissenschaftliche Beirates der Bundesregierung und des größten Teils seriöser Forscher ignoriert um ein Weiterbetreiben des mörderischen Kohle- und Atomstromgeschäfts zu fördern.

Jedoch reicht es nicht aus mit der AfD nicht zusammenzuarbeiten, es muss entschlossen gegen diese rechte Strömung vorgegangen werden. Fast täglich greifen Rassist*innen Flüchtlingsheime an, islamfeindliche Übergriffe nehmen zu. Erschreckend viele Menschen nehmen an fremdenfeindlichen und rassistischen Demonstrationen teil. Die Gida-Bewegung hetzt gegen Geflüchtete und Muslime und Musliminnen. Währenddessen wird die AfD zunehmend zum Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. An vielen Orten ist die AfD Zentrum der

extremen Rechten geworden. Abgeordnete der AfD verbreiten Nazi-Parolen und hetzen gegen Andersdenkende. Die AfD ist zu einer ernsthaften Gefahr geworden, für all jene, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen.

Das Bündnis 'Aufstehen gegen Rassismus' hat sich zum Ziel gesetzt, überall wo die Rassist*innen von AfD und Co. demonstrieren, sprechen oder auf Stimmenfang gehen, wollen sie präsent sein und klar und deutlich sagen: Wir stehen auf gegen Rassismus! Keine Stimme für rechte Hetze! Dies kann doch ebenfalls nur das Ziel der Jusos Leipzig für eine offene und Linke Gesellschaft sein.

Lasst uns dem ein Ende machen. Lasst uns angreifen, wenn Rassist*innen Menschen in unserer Mitte attackieren. Lasst uns menschenrechtlicher Stimmungsmache gegen Geflüchtete, Muslim*innen, Roma und Romnija, Sinti und Sintiza, Jüdinnen und Juden entgegentreten. Wir müssen uns gegen die Mordanschläge und Pogrome gegen Geflüchtete wehren. Mit Aufforderungen zum Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete an der Grenze wird die AfD zum Stichwortgeber für solche Übergriffe - lasst uns als Jusos zeigen was wir von rechten Hetzer*innen halten!

Quellen:

Bundestagswahlprogramm der AfD

Landtagwahlprogramm der AfD Sachsen, Thüringen, Bremen und Hamburg

<http://patriotische-plattform.de/blog/2014/06/16/erklaerung-der-patriotische-plattform-studentenverbindungen-sind-ausdruck-von-bildung-demokratie-und-patriotismus/>

Geleaktes Grundsatzprogramm der AfD

AfD auf der BPK, 14.03.2016 - www.youtube.com/watch?v=13CIRdBkYCQ

Bündnis:

www.aufstehen-gegen-rassismus.de